

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags... Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. 50 Pf.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Stellenanzeigen... Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Berlag von H. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: G. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Mühlstraße 5, 3. St. - Fernsprech-Anschluss 3002.

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Das Anwachsen der Arbeiterbewegung auf politischem wie gewerkschaftlichem Gebiete, das seit dem Nachlassen der Krise in ganz Deutschland in so machtvolle Erscheinung tritt...

In dieser Situation erscheinen den Scharfmachern und der Regierung die Anrührer in Moabit geeignet, Wasser auf ihre reaktionären Mühlen zu leiten.

Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie, Streik- und Zuchthausgesetze gegen die Gewerkschaften!

So heulen die bezahlten Scharfmacherorgane von der „Post“ bis zur „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, von den „Hamburger Nachrichten“ bis zur „Norddeutschen Allgemeinen“, die jedem Reichstanzler ihr „Stück weißes Papier“ gesinnungslos zur Verfügung stellen.

Die Vorgänge in Moabit sind bekannt. Infolge Parteinarbeit der Polizei für die Streikbrecher und den Unternehmer gegen streikende Lohnarbeiter entstanden gelegentlich der durch berittene Polizisten geschützten Kohlentransporte Ansammlungen, bei denen der großstädtische Janhagel, der sonst bei Paraden und dergleichen jöhlt, gemeinsam mit einer Anzahl halbwüchsiger Jungen III und Madau machte. Die bekannte Art, in der die Berliner Polizei bei solchen Anlässen eingreift, indem sie förmliche Hejzagden gegen friedliche Zuschauer oder ruhig ihres Weges gehende Arbeiter und Bürger veranstaltet, erbitterte die ganze Bevölkerung der betreffenden Stadtgegend und forderte sie förmlich zu Demonstrationen gegen die Polizeiwilktür heraus.

Trotz alledem lägen die Scharfmacherorgane: In Moabit handelte es sich um den „Anfang der Revolution“, die „Anrührer waren von den organisierten Arbeitern vorbereitet“. Die Berichte der Polizei selber konstatierten gleich in den ersten Tagen das Gegenteil! — „Die sozialistische Jugendorganisation hat ihre Leute zu den Krawallen kommandiert!“ usw. Eine Schwindelnachricht löst die andre ab!

Man will die Bevölkerung im ganzen Reiche mit dem „roten Lappen“ graulich machen! Man will sie in Angst versetzen, um sie den reaktionären Zwecken dienstbar und geigig zu machen.

Den großen Unternehmern, den Zechen- und Kohlenbaronen, sind starke, ruhig wachsende Gewerkschaftsorganisationen ein Grauel, weil solche sie in ihrer schrankenlosen Ausbeutung hindern; den reaktionären Parteien und ihrem Werkzeuge, der Regierung, sind starke sozialdemokratische Organisationen verhasst, weil diese sie hindern, ihre politische Macht uneingeschränkt zur Schröpfung und Unterdrückung der breiten Volksmassen zu benutzen. Darum ihre ewige Sehnsucht, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen mittels Ausnahmegesetzen zu erwürgen.

Statt eines freien Wahlrechtes in Preußen — Streik- und Zuchthausgesetze gegen die Arbeiter!

Das droht für die nächste Zukunft! Arbeiter! Diese nichtswürdigen Pläne müssen vereitelt werden!

In Massenversammlungen muß die ganze Bevölkerung aufgeklärt werden über diese hinterlistigen Absichten der Scharfmacher!

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß die Polizei bei jedem Streik für die Unternehmer eintritt und durch Waffenaufgebot von Polizeiorganen, das angeblich dem Schutze der Streikbrecher dienen soll, die Streitenden hindert, ihre gesetzlichen Rechte auszuüben!

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß die Streikbrecher, die vielfach vorbestrafte, gewalttätige Elemente sind, mit Waffen ausgerüstet werden, mit denen sie die Streitenden und die öffentliche Sicherheit gefährden.

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß Vorgänge wie in Moabit, deren Ursachen in dem Verhalten der Polizei bei Streiks zu suchen sind, dazu herhalten sollen, die Notwendigkeit von Ausnahmegesetzen gegen Streikende, das heißt gegen die Gewerkschaften zu begründen.

Rur eine Aenderung des Verhaltens der Polizei bei Streiks wird Krawalle wie in Moabit verhindern. Nicht gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse, sondern gegen die Uebergriffe der Polizei sind Gesetze notwendig!

Arbeiter! Wir rechnen auf Euch! Tut Eure Schuldigkeit! Der neue Anschlag der Reaktion muß mit aller Wucht abgeschlagen werden!

Berlin, den 8. Oktober 1910.

Der Parteivorstand. Die Generalkommission der Gewerkschaften.

Arbeiterehre.

Bei Streiks, Aussperrungen und andern Kämpfen der Arbeiterklasse kann man immer wieder die Beobachtung machen, daß die bürgerliche Welt den Anforderungen, welche die Arbeiterklasse an ihre Klassengenossen stellt, höchst verständnislos gegenübersteht. Die Solidarität, die der Kollege vom Kollegen, der Genosse vom Genossen fordert, erscheint dem überwiegenden Teile des Bürgertums als ein unberechtigtes Verlangen, ganz zu schweigen von der feudalen Sippe, die sich in ihrem übermütigen Herrenmenschtum als die alleinige Inhaberin von Ehre gebärdet.

Gibt es eine Arbeiterehre? Man kennt und würdigt in unsrer heutigen Gesellschaft die Offizierschere, man respektiert die Standeschere der Ärzte, Juristen usw., man spricht von der Berufschere des honesten Kaufmanns, dem Standesbewußtsein der Beamten, der Handwerksmeister u. dergl., aber der Begriff der Arbeiterehre ist in all diesen Kreisen etwas Ungekanntes.

Sie begreifen es allenfalls noch, wenn sich irgendwo der Stolz des gelehrten gegenüber dem ungelerten Arbeiter äußert; sie haben Verständnis für Leute aus dem Kunsthandwerk, die infolge ihrer „höheren Qualifikation“ nicht zu den Proletariern gezählt werden wollen; ihnen erscheint es begreiflich, wenn die Angehörigen der Berufe, die alltäglich weiße Wäsche tragen, sich zuweilen nicht gern Arbeiter nennen lassen, — aber daß die große schaffende Masse des Volkes eine eigene, bedeutungsvolle Ehre für sich in Anspruch nimmt, kommt ihnen sonderbar vor und höchst ungerechtfertigt.

Geht man den Ursachen dieser Erscheinung nach, so stößt man vor allem auf die Tradition, auf die altüberbrachte Gewohnheit, den Arbeiter als minderem Rechts zu betrachten. Hat man nicht seit undenklichen Zeiten hochmütig vor dem Mann in Bluse und Kittel herabgesehen? Er, der von jeher unterdrückt und ausgebeutet wurde, er, der einst in den Fesseln schmachtender Leibeigenschaft schmachtete und in der engen Zwangsjacke tyrannischer Innungsherrschaft saß, er trägt noch heute an dem Fluche, der sich schon in der Bibel mit den Worten ausgedrückt findet: „Im Schweisse deines Angesichts sollst du dein Brot essen.“

Der Kapitalismus hat die Bedeutung dieses Fluches wahrlich nicht gemindert, indem er Schicht um Schicht des Volkes in die Proletarisierung weiter Massen hineinzog. Die Beschlosigkeit, die zur Arbeit für andre zwingt, wird noch immer mehr oder weniger als etwas Verächtliches angesehen, und wo Geld und Gut ist, da ist, so scheint es, höchste Ehre und Tüchtigkeit. Es ist sehr lehrreich, zu sehen, wie sich dieser Suggestion auch Leute nicht entziehen können, die trotz allen Schaffens, aller Tüchtigkeit selber arm geblieben sind. Wer Gelegenheit hat, namentlich auf dem Lande und in kleinen Orten, mit älteren Arbeitern zu sprechen, der wird oft genug die Erfahrung machen, wie tief sie selber sich einschätzen. Mit einer Hartnäckigkeit, die dem aufgeklärten Arbeiter unfassbar ist, klammern sie sich an die Unabwendbarkeit ihres Sklaventums und vertreten die Berechtigung jener Tatsachen, die klassisch in dem Spruch zum Ausdruck kommen:

Zwei Klassen gibts; die eine wird mit Sporen, Mit Sätteln wird die andere geboren.

Ihr Schicksal erscheint ihnen wie das Erzeugnis einer Natur- oder göttlichen Gewalt, gegen die man weder ankämpfen darf noch kann. Sie büden sich tiefer als sie müssen, weil sie noch nichts wissen und wissen wollen von dem Ehrgefühl des modernen Arbeiters, der die Stirn erhoben trägt und nicht mehr dgran denkt, es irgendwelchen dunkeln Gewalten zu überlassen, sein Schicksal zu schmeiden.

Daraus geht schon hervor, daß die Arbeiterehre nicht etwas willkürlich Gemachtes, daß sie kein künstliches Produkt ist und nicht etwa neuen Standesvorurteilen ihr Dasein verdankt; denn sie steht in inniger Beziehung zu den Kämpfen der Arbeiterklasse.

Sie ist keine Standeschere, sondern eine Klassenchere. Sie wurzelt nicht in dem individuellen Bestreben, sich aus der Gemeinschaft seiner Mitmenschen mit besonderen Ansprüchen herauszuheben, sondern sie entspringt dem soliden Willen, die ganze Klasse der Schaffenden zu Einfluß und der ihr gebührenden Achtung zu verhelfen.

Die Standeschere entsteht und entstand aus wirklichen oder vermeintlichen Vorrechten, Pflichten und Vorurteilen; die Arbeiterehre ward aus dem Unrecht geboren, das den Schaffenden zugefügt wird. Wer dieses Unrecht erkennt und es zu vermindern und abzuschaffen trachtet, in dem erwacht das Bewußtsein seines Menschentums und jene Selbstachtung, die die Mutter der wirklichen Ehre ist.

Sich selbst achten — das ist der erste Schritt aus dem Sklaventum; nicht in dümmelhafter Ueberhebung, aber in der Erkenntnis, daß man keine Sache ist, über die andere in wegwerfender Weise urteilen oder gar bestimmen dürfen. Die Arbeiterehre ist die Proklamierung des Menschenrechtes; die Forderung auf staatsbürgerliche und gesellschaftliche Gleichheit dokumentiert sich in ihr. Wer sich dessen bewußt ist, der wehrt sich gegen jede herabsetzende Behandlung, mag sie

vom Unternehmer oder dessen Vertreter, mag sie von Behörden oder Privatpersonen ausgehen. Er wehrt sich, wenn es sich um ihn allein, er wehrt sich auch dann, wenn es sich um die Ehre seiner Gewerkschaft oder seiner Klasse handelt. Er weiß, daß all sein Ringen eng verknüpft ist mit dem Schicksal seiner Kollegen und Klassen. Die Organisation ist ihm Hüterin und Schützerin der Ehre; ohne sie wäre sein Streben, sich und seinen Forderungen Achtung und Anerkennung zu verschaffen, resultatlos. Darum kristallisieren sich in der Arbeiterehre die moralischen Forderungen des Klassenkampfes und seine Tugenden: Solidarität, Disziplin, Treue.

Wer diese höchsten Grundsätze der Arbeiterbewegung mißachtet, streift die Arbeiterehre selbst von sich ab: der Streikbrecher ist ein Ehrloser, sofern er nicht aus purer Dummheit handelt. Er verfällt mit vollem Recht der Verachtung seiner ehrlichen Kameraden.

Un diesem Punkt steht in der Regel die Kritik unsrer Gegner ein: sie reden von der „persönlichen Freiheit des Individuums“, die dadurch unterbunden werde. Und die Ironie der Tatsachen will, daß sie den unter seinen Kollegen verachteten Arbeiter mit Ehren begreifen, die sie den Schaffenden sonst nicht entfernt zuteil werden lassen. Diese „Ehren“ sollen über die verlorene Ehre hinwegtäuschen, und sie hören auch schleunigst auf, wenn der Mohr seine Schuldigkeit getan hat und gehen kana.

Die „persönliche Freiheit“ aber! Wer es mit diesem Vorwurf ernst meint, der brauchte ja nur daran erinnert zu werden, daß der Verrater über all als etwas Schimpfliches gilt, und ganz besonders da, wo der Verräter später von den Feinden mitgenießt, die die Kämpfer errungen haben. Andre lassen sich in ihrer Kritik von der liberalen Idee der „freien Konkurrenz“ leiten, aber die Arbeiterbewegung ist in diesem Sinne nicht liberal, will es nicht sein, weil sie sich selbst verneinen müßte. Für sie sind die Notwendigkeiten des Klassenkampfes maßgebend; sie muß, will sie etwas erreichen, die geschlossene Solidarität aller Arbeitenden proklamieren; denn ihre Ziele würden unter dem liberalen Gesichtspunkt ewig in der Luft schweben. Und die Arbeiterehre selbst auch. Ohne Solidarität existierte sie nicht.

Bis auf ein paar Ausnahmen entspringt das Gezeter der bürgerlichen Welt ja auch einfach der Hut über die fortschreitende Aufwärtsentwicklung der Arbeiterklasse. Diese „freie Konkurrenz“ ist ihnen höchst unbequem. Je mehr sie auf wirtschaftlichem Gebiet erringt, je einflußreicher sie in politischer Hinsicht wird, je zahlreicher sie in alle erreichbaren Verwaltungskörperschaften eindringt, desto gefährlicher wird für den Begnerrn und allen Anhängern des alten Schlandrians erscheinen. Mit Recht. Denn der von dem Ehrgefühl seiner Klasse durchdrungene Arbeiter läßt sich nicht von Einzelinteressen leiten, sondern von dem Interesse der Gesamtheit. Eben deshalb, weil er aus der Schule der Solidarität, aus der Gewerkschaft kommt.

Wo die Gesellschaft sich umbildet, entstehen neue moralische Forderungen und alte sinken dahin. Es gibt nichts Unveränderliches unter der Sonne.

Die Arbeiter werden die Träger der neuen, werdenden Welt sein; darum muß die Arbeiterehre, die die Ehre des neuen, sozial durchgeformten Menschen ist, jedem einzelnen in Fleisch und Blut übergehen.

Die Gewerkschaften als Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung.*)

Die Gesamtheit der auf unsrer Erde lebenden Wesen ist Sinner dieser Erde und all dessen was darin ist. In der Urzeit gab es keine Vorrechte. Erst Stärke, Gewalt oder List brachten das Eigentum. Wo Eigentum entsteht, erscheinen die Rechtsunterschiede zwischen Mensch und Mensch, also Klassen und damit Klassengegenstände, die leider bei fortschreitender Kultur immer schärfer hervortreten. Das klingt wie Utopia, aber doch ist es so! Eine Kultur, die auf dem Eigentumsrecht basiert, die nicht gestattet, daß jeder Volksgenosse sich gleichmäßig am Kulturwert betätigen und beteiligen kann, ist nur eine Scheinkultur. Sie schuf und schafft Herren und Knechte, Freie und Unfreie bis auf den heutigen Tag. Dieser Zustand der Ungleichheit Gleichgeborener gab den ersten Anstoß zur Schaffung von Organisationen in unserm Sinne, d. h. Zusammenfassung derer mit gleichen wirtschaftlichen Interessen, damit sie erfolgreicher den Kampf um die Kulturleiter aufnehmen können.

Die ersten Ansätze zu wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiter die schon klar und bewußt den Klassencharakter hervorzuheben lassen, finden wir bei uns im Mittelalter, in der Blütezeit des Handwerks, der Zunftzeit. Streiks, Berufsverklärungen legen bereits ein. Wenn die Kämpfe auch nicht derart erschütternd auf das Wirtschaftsleben wirkten wie heute, wo bereits Staatsautoritäten sich gewungen sehen, vermittelnd einzugreifen, so ist das erklärlich, weil die Landwirtschaft noch vorwiegend das Staatsganze darstellte und weil die absolute Trennung der Produktionsmittel vom Arbeiter noch nicht durchgeführt, da ja der Besitzer der Produktionsmittel selbst noch Arbeiter war. Diese Scheidung brachte uns erst die Industrie mit ihren komplizierten Maschinen, die in viel kürzerer Zeit all die Produkte herstellten, die für die Existenz der Gesamtheit erforderlich sind.

Von rein kulturell-menschlichen Standpunkt betrachtet, ist die Maschine das Produkt der geistigen Kräfte der Gesamtheit, die

* Referat des Kollegen Prüll auf die Konferenz des Saues 10.

Generationen hindurch angelammelt wurden. Folglich sollte die Gesundheit der Arbeiter dieses Fortschrittes sein, — verlor die Arbeit, erhöhter Lebensgenuss sollte ihr daraus erwachsen. Den Vorteil haben jedoch nur einzelne, die Besitzer der Produktionsmittel. Die heutige Arbeitszeit ist, am technischen Fortschritt gemessen, gegen das Mittelalter viel zu lang. Die Lebenshaltung weiter Volksteile ist mehr als dürftig. Mit Hilfe der modernen Produktionsmittel sind deren Besitzer in der Lage, sich ungeheure Mengen unbezahlter Arbeitskraft in Form von Geld anzuhäufeln, zu erneuter Ausbeutung zu verwenden, zugleich sich die von der arbeitenden Klasse erzeugten Produkte im Übermaß anzueignen resp. aufzuspeichern, während sie den Erzeugern mangeln. Die Folgen sind wirtschaftliche Krisen, und was noch schlimmer ist, Degeneration der Menschen. Sie sage ausdrücklich Menschen, denn das Schicksal der Besitzenden ist an das der Besitzlosen gekettet. In Erkenntnis dieser Tatsache suchte die Arbeiterklasse nach einer Waffe, um die körperliche und geistige Degeneration abzuwehren. Da wurde der Gedanke des Zusammenschlusses geboren, es entstand die Organisation.

Was die modernen Organisationen seit ihrem Bestehen in erster Linie der entrechteten Masse an materiellen und moralischen Erwerbungen gebracht haben, läßt sich in unseren alljährlichen Statistiken nicht ausdrücken. Starke, zielbewusste Organisationen wirken heute schon zurück auf die Verhältnisse der Betriebe und Gegenden, wo keine Organisationen vorhanden sind, weil hohe Löhne Arbeitskräfte anziehen (Landarbeiterfrage). Unsere ganze Sozialgesetzgebung, Koalitionsrecht, Kranken-, Unfall-, Invalidenversicherung, Gewerbeverträge, in den Kommunen teilweise Proportionalwahlrecht usw. sind kein Geschenk der herrschenden Klasse, denn diese gibt nicht freiwillig von ihrer Macht ab, sondern Konzessionen an die Arbeiterklasse als Folge des Druckes des organisierten Proletariats. Ich denke hier vornehmlich auch an die politische Organisation. Uebrigens sind die herrschenden Klassen heute eifriger denn je bemüht, diese Konzessionen wieder illusorisch zu machen. Zunächst ist es auf politischem Gebiete die Steuer- und Finanzgesetzgebung, die dem Arbeiter immer wieder das kaum Erwungene abnimmt. Dann kommt das heutige Unternehmertum immer mehr zu den Interessentenverbänden nach amerikanischem Muster als Kartelle, Syndikate, Trusts. Diese setzen die Preise für ihre Produkte beliebig fest, womit der Arbeiter relativ immer wieder am schwersten getroffen wird. Hinzu kommen die wuchtigen Kampfsorganisationen der Unternehmer, die zeitweilig in der Lage sind, eine Aufwärtsbewegung der Löhne zu verhindern, bis die Arbeiterklasse mit ihren Organisationen wieder nachgegeben ist oder unter Zustimmung anderer Bundesgenossen: als gute Konjunktur und dergleichen, erfolgreiche Vorzüge unternehmen kann.

Die Zustände, unter denen die Arbeiterklasse zu leiden hat, sind schon heute nur dort noch einigermaßen erträglich, wo die Arbeiterklasse noch nicht rein proletarisiert ist, sondern zum Teil noch in der Landwirtschaft Rückhalt hat. Wo wir das von jedem Besitz losgerissene Proletariat vorfinden, stoßen wir mit unserer Agitation auf keinen Widerstand. Die großen Industriezentren sind Beweis dafür. Durch die beiderseitig erlittenen und immer mehr erstarkenden Kampfsorganisationen werden natürlicherweise die Einzelkämpfe immer seltener, die umfangreichen Streiks oder Ausperrungen immer wichtiger. Es werden schließlich nicht nur ganze Industrien, sondern ganze Staaten im Kampfe stehen.

Aus alledem folgt: Die Gewerkschaften sind ein notwendiges Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie haben innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ihre Aufgabe zu erfüllen. Aber die Befreiung der Gewerkschaften wird getragen von dem Gedanken des Sozialismus: Gleiche Anteilnahme aller Menschen an den von der Gesamtheit geschaffenen Kulturwerten. Dieses Ziel unterliegt uns in sehr von anderen gewerkschaftlichen Organisationen, z. B. den christlichen, das wir mit Bestimmtheit sagen dürfen: Keine Arbeiter werden zu uns kommen müssen. Denn wenn sie geistig weiter entwickelt, allen dogmatischen Zwang abgeworfen haben und somit selbst geworden sind, frei zu denken, wird ihnen das in jenen Organisationen gesteckte Ziel, also lediglich Befriedigung des Allernotwendigsten, nicht mehr genügen, nicht genügen können. Nur müssen sie erst erkannt haben, daß sie nicht als Rechte, sondern als Menschen geboren sind.

Ich will nun ganz besonders hervorheben, daß die ganze Agitations- und Organisationsarbeit der freien Gewerkschaften sich nicht erschöpfen kann in dem Tageskampf, in der Erbringung genügender Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern daß unsere Mitglieder lernen und als ein Teil der fortschreitenden Arbeiterklasse sich beschäftigen und vorbereiten müssen, selbst Kulturträger zu werden. Das große Ziel wird erreicht werden, wenn die große Masse der Menschen von unsern Aufzeichnungen durchdrungen ist. Unter diesen haben wir unabhängig zu werden und zu schulen, zugleich aber auch durch unsere inneren Organisationseinrichtungen die Arbeiterklasse vor Sozialismus zu bewahren und ihnen durch die Macht der Zahl, materielle und moralische Siege zu geben. Wir wollen für die Gesamtheit des Volkes; die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse jedoch kann erst durch Befreiung der heutigen Gesellschaftsordnung erfolgen. Daraus erwächst uns auch die Pflicht, politisch nicht indifferent zu bleiben. Die Sozialdemokratie der ganzen Welt ist es, die wir in der Form anderer Parteien das gleiche Ziel erstrebt wie wir, mit ihr haben wir gemeinsam den Kampf zu führen gegen Entrechtung in jeder Gestalt. Der Kampf wird schwer sein, denn der Gegner ist hart und brutal. In Deutschland sind heute von den Organisationsfähigen etwa 26 Prozent organisiert. Keiner von uns darf deshalb müßig sein. Werben wir weiter, es gibt für uns kein Zurück, nur ein Vorwärts. Der letzte entscheidende Kampf wird kommen und muß durchgefochten werden. Darum an die Arbeit, damit wir das Ziel, den ewigkeinen Sieg, recht bald erreichen!

Gewerkschaftliche Rundschau.

Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände

Am 10. und 11. Oktober in Berlin kam. Sie nahm an erster Stelle den Bericht über die Bemerkungen der alljährlich des Kampfes der bürgerlichen Arbeiter gegenüber dem Kapital. Der Bericht, die Gewerkschaften wählten sich an der im Jahre 1911 in Dresden stattfindenden internationalen Hygieneausstellung beteiligen, wurde die Konferenz zu. Mit dieser Ausstellung soll eine Arbeiterbewegung verbunden werden. Auch hierzu wurde die Teilnahme beschlossen. Zur Vorbereitung aller notwendigen Schritte sind ein Organisationskomitee aus 11 Vertretern der Gewerkschaften und 2 Vertretern der Generalverwaltung eingesetzt. Die Beschlüsse der Konferenz sind in Gemeinschaft mit der Generalverwaltung der Arbeiter zu werden.

Auf Antrag der Verbandsvorstände wurde in einer zweiten Sitzung am 22. Oktober 1910 die Unterfertigung doppelt organisierter Mitglieder angenommen. Die sehr ungenügenden Erwerbungen zeitigen ein starkes Unbehagen, denn als gewissen Abänderungsanträge wurden abgelehnt.

Am Antrag des Verbandes für Ost- und Schweben wurde auf Antrag eines Gewerkschaftsmitgliedes, der die Anerkennung der unteren Rechte bei Lebens- und einer Gewerkschaft in diesen Ländern und bei Rücktritt aus dem Verband in die Gewerkschaften wurde, auch keine Zustimmung.

Zu die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission am 1. Januar 1911 Genosse Max Schippel ein. Die sozialpolitische Abteilung wurde am 1. April d. J. eingerichtet. Sie hat unter der Leitung des Genossen Schippel: Schmitt, der seine Stellung im General-Verbandsrat einnahm, um in das sozialpolitische Bureau einzutreten. Mit der Abteilung sind auch die Mitglieder der bürgerlichen Kommission für Arbeiterbeschäftigung, zur Verfügung des Pro- und Landesrates, sowie der Gewerkschafts-Abteilung, verbunden worden. Der bisherige Angehörige der Arbeiterbeschäftigung Genosse Heide, der gleich mit der Abgabe der Beschlüsse dieser Kommission in die sozialpolitische Abteilung ist.

Der nächste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands

findet 1911 in Dresden statt. Die Zeit der Tagung wird noch später bestimmt. Eine am 10. und 11. Oktober in Berlin stattgefundene Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände entschied sich für Dresden als Kongressort deshalb, weil im nächsten Jahre in Dresden eine internationale Hygieneausstellung stattfindet, an der sich die Zentralverbände beteiligen werden. Mit dieser Ausstellung soll eine Arbeiterbewegung verbunden werden. Auch hierzu wurde die Teilnahme beschlossen.

Drei Monate Gefängnis

wegen Majestätsbeleidigung erhielt der Redakteur, Genosse Lindow, vom Verbandsorgane „Der Gasenarbeiter“, weil er in einem Artikel mit der Ueberschrift: „Auftrag zugunsten einer Nationalspende für den König von Preußen“, die Gesetzesvorlage über die Erhöhung der Dividende des Kaisers besprochen haben soll. In der Verhandlung stellte der Verteidiger des Angeklagten fest, daß die politische Polizei den Artikel anfangs nicht beanstandet habe. Erst auf ein Telegramm des Berliner Polizeipräsidenten schritt die Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Klage!

17. Französischer Gewerkschaftskongress.

F. G. K. Toulouse, 9. Oktober.

Vom 3. bis 8. Oktober lagte hier der 17. Kongress der französischen Gewerkschaften. Seit dem Kongress von Marseille vor zwei Jahren haben die Gewerkschaften Frankreichs erheblich an Mitgliedern zugenommen und auch innerlich sind sie erlärter. Eine genaue Statistik der Mitgliederzahl wird allerdings erst möglich sein, wenn der am 1. Januar 1910 in Kraft getretene Beschluß, wonach die Gewerkschaften ihre Beitragsrollen durch die Konsolidation bestehen, zur vollen Geltung kommen wird. Da noch nicht alle Gewerkschaften diesem Beschluß nachgekommen sind, ist es sich nur annähernde Berechnungen aufstellen. Danach zählt die Konsolidation etwa 470 000 Mitglieder, was einem Mitgliederzuwachs von etwa 120 000 gegen den Bestand vor zwei Jahren gleichkommt. An erster Stelle stehen die Bauarbeiter mit 100 000 Mitgliedern. Es folgen die Eisenbahner (67 000), die Textilarbeiter (45 000), die Bergarbeiter (40 000), die Metallarbeiter (21 000), die Transportarbeiter (16 000), die Gemeindefunktionäre (12 000), die Beleuchtungsarbeiter (11 000), die Buchdrucker (11 000), die Tabakarbeiter (11 000), die Handlungsgehilfen (11 000), die Leberarbeiter (10 000), die Keramikarbeiter (6000) usw. Die Zahl der angeschlossenen Syndikate stieg von 2586 auf 3012, die der Verbände ging von 64 auf 57 zurück.

Die Verhandlungen des Kongresses ließen die Mängel der gewerkschaftlichen Organisation Frankreichs so recht in Erscheinung treten, verlor doch der Kongress zwei volle Tage mit der Mandatsprüfung, die dadurch besonders langwierig sich gestaltete, daß jedes Syndikat das Recht auf ein Mandat hat, wovon 1391 Gebrauch gemacht hatten. Außerdem waren 46 Verbandsleitungen und 94 Gewerkschaftskartelle vertreten. Neben diesem Mangel trat aber auch die andre Eigenschaft der französischen Arbeiter, ihr revolutionäres Klassenbewußtsein, in deutliche Erscheinung.

Der Kongress hatte zunächst Stellung zu nehmen zu dem Altersversicherungsgezet. Dieses durchwegs mangelhafte Gesetz enthält insofern für die Gewerkschaftsbewegung eine besondere Gefahr, als der § 19 die Errichtung von Altersversicherungskassen durch die Unternehmer oder durch Unternehmerverbände gestattet. Außerdem stehen die Arbeiter in ihrer großen Mehrheit dem Kapitalisierungssystem, auf dem das Gesetz aufgebaut ist, ablehnend gegenüber und fordern das Verteilungssystem. Ein Teil der Gewerkschaftler, der reformistische Flügel, machte geltend, daß man sich vorläufig mit dem Gesetze begnügen, da es doch immerhin ein Anfang sei und sofort in eine Agitation zu seiner Verbesserung eintreten solle. Mit 1049 gegen 251 Stimmen verwarf der Kongress jedoch das Gesetz und forderte die Arbeiter auf, die Beitragszahlung so lange zu verweigern, bis das Gesetz abgeändert ist, die Altersgrenze von 65 Jahren herabgesetzt und die Kapitalisierung der Beiträge durch die Verteilung ersetzt ist.

Zu einer einmütigen Kundgebung kam es bei der Stellungnahme über die gezielte Einführung des kollektiven Arbeitsvertrages, des obligatorischen Schiedsgerichts bei Lohnstreitigkeiten und der Handelsfähigkeit der Gewerkschaften, worüber die Regierung Gesetzesvorlagen ausgearbeitet hat. Diese drei „Geschenke“ wurden vom Kongress dankend abgelehnt. Sie enthalten die berühmte „Berufungsspolizei“ des Herrn Briand, des ehemaligen Generaldirektors und revolutionären Sozialisten, der als Regierungschef einer radikalen Mehrheit reaktionäre Politik treibt. Mit 1229 gegen 11 Stimmen erklärte der Kongress, „daß die kollektiven Arbeitsverträge die Resultate der von der Arbeiterklasse geführten Kämpfe sind“, „vorübergehende Stabilität und Sicherheitsgarantien bringen können“, wenn die Lohnarbeiter durch die Kraft ihrer Organisationen „die Ueberwachung bei ihrer Durchführung ausüben“. Der Kongress empfiehlt deshalb solche Verträge abzuschließen, „unabhängig von jeder neuen gesetzlichen Bestimmung, die Beschränkungen konstituieren würde“ und verwirft aus diesen Gründen das Projekt. Weiter lehnte der Kongress jedes Gesetz ab, das das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren enthält, sowie die Handelsfähigkeit der Gewerkschaften, weil die Gewerkschaften den Zwang haben, zunächst die Ausbeutung der Arbeiter zu bekämpfen und sich vor allem mit der Erhöhung der Löhne, der Hygiene der Werkstätten, der Einschränkung der Arbeitszeit, zu befassen und „die Arbeiterklasse nach einem besseren Gesellschaftszustande zu orientieren haben“. „In Erwägung, daß die Gewerkschaften vollkommen geeignet sind, um die ihnen notwendigen Handelsoperationen vorzunehmen, ... verwarf der Kongress die Zivil- und Handelsfähigkeit der Gewerkschaften.“ Mit dieser einmütigen Ablehnung dürften die überflüssigen Projekte des Ministeriums ausgebleibt haben. Bei dem Punkte Arbeitszeit wurde eine Grundlegende Revision des moralischen Standpunktes vorgenommen, der den Gewerkschaften teuer zu stehen gekommen ist. Auf dem Gewerkschaftskongress von Bourges im Jahre 1904 wurde beschlossen, eine Agitation zu entfachen, um vom 1. Mai 1906 ab den Achtstundentag durchzusetzen. Es ist bekannt, daß diese Bewegung scheiterte, scheitern mußte, schon weil es an einer starken Gewerkschaftsorganisation fehlte. Toulouse, der Sekretär der Konsolidation, sprach es offen aus: „Es handelt sich heute darum, den Beschluß von Bourges zu erneuern, ohne jedoch einen bestimmten Zeitpunkt, noch den Umfang der zu erzielenden Arbeitszeitverkürzung festzusetzen.“ In diesem Sinne wurde auch einmütig beschlossen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Syndikate und Gewerkschaftskartelle aufgefordert werden, genaue Angaben über die Arbeitszeit und die Einhaltung der Sonnensperre an die Konsolidation einzuliefern. Ein erster Schritt zu der sonst leichter zu geringfügigen Statistik.

Dann kam wieder der Antimilitarismus zur Verhandlung, über den auch auf dem drei vorhergehenden Kongressen diskutiert worden ist. Mit verstärkter Mehrheit wurde der Beschluß von Marseille aufrechterhalten und ein Befehl zur Organisation der antimilitaristischen Propaganda angenommen. Dann werden die Syndikate aufgefordert, Soldatenkassen einzurichten, die Bitten ihrer beim Militär stehenden Mitglieder dem Sekretär der Arbeitsämter einzuliefern, der sie nach Zentren zusammenstellen und den zuständigen Gewerkschaftskartellen senden soll, die ihrerseits in händiger Verbindung mit den bezeichneten Soldaten stehen sollen. Man mag vom gewerkschaftlichen Standpunkt keine Bedenken machen, unzulässig ist, daß der Antimilitarismus in Frankreich große Fortschritte macht. Deshalb machte auch die Einlösung des Genossen Sallenbach, der als Vertreter der bürgerlichen Generalkommission dem Kongress bewohnte, eine französische Delegation nach Deutschland zu schicken, einen so tiefen Eindruck. Der Kongress beschloß aus diesem Anlaß eine Friedensdemonstration zu machen. Generalkommission ist noch ein Beschluß, eine Kommission zur Regelung der Gewerkschaften der Gewerkschaften und zur Vertretung der Berufs- und Industrie-Föderation einzusetzen.

rationalen einzulegen. Die Zentralisierung der Gewerkschaften setzt sich also auch in Frankreich durch. Alles in allem weist der Kongress trotz großer Mängel einen unzulänglichen Fortschritt auf.

Ein Generalstreik der Eisenbahner

ist in Frankreich ausgebrochen. Die Eisenbahngesellschaften — die französischen Bahnen sind zumeist im Besitz von Aktiengesellschaften — weigerten sich, eine geforderte Lohnerhöhung zu bewilligen. Die Forderung ging auf Umwandlung der bisherigen Tagelöhne in Jahreslohn und Gewährung eines Mindestlohnes von 1860 Franken — 1480 Mk. für die in Paris Anässigen. Wie gering die Löhne bisher waren, geht daraus hervor, daß den letzten Bericht zufolge, die Gesellschaften sich bereit erklärt haben, ein Mindestgehalt von 5 Fr. — 4 Mk. für die in Paris anässigen Beamten und Arbeiter zu zahlen. Demnach wurde bisher noch weniger bezahlt. Bemerkenswert ist, daß die „republikanische“ Regierung mit derselben Brutalität den Streik niederknuppeln versucht, wie irgendeine monarchistische. Die Bourgeoisrepublik unterdrückt sich von der Bourgeoismonarchie höchstens dadurch, daß sie ihre Kapitalverbreiter noch mehr mit allerhand Pfaffen verbrämt. Das macht ihr Verhalten aber nicht besser, sondern nur noch widerlicher. Führer und Leiter des Regierungsfeldzuges gegen die Streikenden ist der ehemalige Halbbarock, jetzige republikanische Minister Briand. Derselbe Briand, der einst glühender Anhänger und Befürworter des Generalstreiks war, läßt jetzt die Führer des Eisenbahnerstreiks ohne Grund und Ursache verhaften, derselbe Briand, der noch vor 10 Jahren den französischen Arbeitern zurief: „Arbeiter, greift zu Senfen, Pfeilen und Bällen. Los gegen eure Feinde, die Ausbeuter des Volkes; dann werde ich in eurer Mitte sein“, läßt sich jetzt als Schutengel der Ausbeuter, steht in der Arbeitsverweigerung ausgebeuteter Eisenbahner ein Verbrechen wider die Republik. Renegaten sind doch fast immer erbärmliche Subjekte!

Ueber Umfang und Verlauf des Streiks läßt sich Bestimmtes nicht melden. Die Nachrichten lauten in jedem Blatt und an jedem Tag anders. Sicher ist, daß es den Eisenbahnern noch nicht gelungen ist, den ganzen Verkehr lahmzulegen, daß aber der größte Teil des Güterverkehrs und ein erheblicher Teil des Personenverkehrs ruhen. Nach den letzten Nachrichten soll der Streik im Abflauen sein, weil zahlreiche Streikende sich wieder zur Arbeit gemeldet haben. Inwiefern diese Nachrichten zutreffen, werden die nächsten Tage zeigen. Bekannt ist ja, daß die französischen Arbeiter mehr (Eben als Ausdauer besitzen und deshalb manchen Schritt unternehmen, den sie nach drei Tagen zurückzuführen. Vielleicht gelingt es auch, die angebahnten Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen.

Aus der chemischen Industrie.

Der in Prozenten meßbare Kulturlegen.

Die Entdeckung des Professors Ehrlich und seines Assistenten Gata in Frankfurt a. M., daß man den Syphiliserregern durch ein Medikament systematisch zu Leibe gehen kann, hat überall große Erregung hervorgerufen. Wenn auch die Wissenschaft über den Wert des Ehrlich-Gata 606 noch kein abschließendes Urteil fällen kann, die nimmermehr Profitucht hat an ihm schon — 50 Prozent verdient. Es ist bekannt, daß die Farbwerke Meister, Lucius und Bräuning in Höchst die Fabrikation des Antisyphilitikums übernommen haben. Schon vor einem Monat sind noch länger kauften, weil beobachtet wurde, ganz Kundige die Aktien der Höchst Farbwerke auf der Börse sehr gern, damals stand der Kurs auf rund 490. Das heißt für ein Wertpapier im Nominalwerte von 1000 Mk. wurden 4900 Mark gezahlt. Als die Allgemeinheit der Börse endlich erfuhr, warum man sich in bestimmten Kreisen so sehr für die Höchst Aktien interessiert hatte, stand der Kurs schon auf 540. Jetzt kommen nun die Höchst Farbwerke selbst und lassen durch ihre Zeitung offiziell erklären, daß gar nicht daran zu denken sei, daß das Werk noch in diesem Jahresabschluss an dem Ehrlich-Gata 606 etwas profitiere, denn man werde frühestens November dieses Jahres mit seiner fabrikmäßigen Herstellung beginnen. Dazu komme dann noch, daß rund 50 Prozent des Gewinnes an medizinische Institute abgegeben werden müsse. Daraufhin sank der Kurs der Papiere wieder. In der Zwischenzeit haben an dem Gerücht über die Herstellung des neuen Mittels ganz Eingeweichte Tausende und Abertausende verdient. Sie kauften, als das Papier mit 4900 bezahlt wurde, und verkauften, als sie 5400 bekamen, und werden wieder kaufen, wenn die Reingewinn ihren Aktienbesitz wieder für 4900 loschlagen. So sind in einem Monat Aktien an der Berliner Börse riesige Summen verdient worden, die Gelder haben Eingeweichte eingestekt und die Dummen haben sie bezahlt. Nun bleibt nur wieder einmal die Frage offen, warum die Verwaltung der Höchst Farbwerke die jetzt erfolgte Erklärung erst geben, nachdem sich die Spekulationslust schon gelegt hat, und warum sie nicht vor einem Monat erfolgt ist, als sie doch viel wichtiger war. Man hat ja schon recht eigentümliche Sachen erlebt, absolut sicher ist es auch diesmal wieder, daß da einige „ganz Eingeweichte“ ein pompöses Privatgeschäft gemacht haben, es bleibt nur die Frage offen, wo diese Leute stecken. Für die Arbeiter zeigt die ganze Geschichte wieder einmal, wie man in den Kreisen der Besitzenden aus Kulturlegen bares Geld macht. Es ist doch etwas Schönes um die Kulturlegenheit des Professore! — Ich, sie ließ sich gleich in dem Kurs chemischer Aktien ausdrücken, und das sind Vorteile, welche die Interessenten der Höchst Aktien sehr zu schätzen wissen.

Arbeiterfeindliche Politiker.

Bekanntlich arbeitet eine Kommission fleißig an der neuen Reichsversicherungsordnung. Das sozialdemokratische Mitglied der Kommission, Hoch-Hanau, stellte bei Beratung des Unfallversicherungsgesetzes folgenden Antrag: „Die Versicherung soll erstreckt werden auf Erkrankungen, die durch die Arbeit im Betriebe hervorgerufen oder verschlimmert worden sind.“ Bei Annahme dieses Antrages im Plenum hätten besonders die Kollegen der chemischen Industrie davon Nutzen gehabt: es wäre ihnen anstatt der mageren Invalidenrente oder aus Unternehmergnaden gewährten „Pensionen“ ein fester Anspruch auf Unfallrente gegeben worden. Die Unternehmerstippe will das aber nicht. Konservativ und Nationalliberale stimmten grundsätzlich dagegen, weil sie für solche Fälle keine Versicherung haben wollten. Mit verdecktem Witz moxelten Centrum und Freiwilrige; sie stimmten dagegen und gebrauchten die faule Ausrede, daß sie derartige Erkrankungen durch ein „andres Gesetz“ regeln wollten. Das ist die alte Bauernfängerei desentrums. Vor den Wahlen viel Versprechungen und nachher faule Ausreden. Die christlichen Gewerkschaftsführer Oswald, Drenzel und Co. aber werden den chemischen Arbeitern immer wieder erzählen, daß das Centrum den „ehernen“ Willen habe, durch Einbringung einer Vorlage im Reichstage die Rechte der vergifteten Proleten zu sichern. Aber darüber hinaus wird es nicht kommen, denn der Einfluß der christlichen Gewerkschaftsführer bei den Zentrumsgroßen ist gleich Null. Für den Antrag Hoch stimmten nur die Sozialdemokraten, Polen und die Wirtschaftliche Vereinigung. So blieb der erste Versuch, die Rechte der vergifteten Arbeiter zu verbessern, in der Kommissionsberatung stecken. Die chemischen Arbeiter mögen sich das für die nächste Reichstagswahl merken.

Judizialmässung in der Anitta.

Zu der elektrischen Abteilung der Anitta stierte der Meister Malior sein 25jähriges Dienstjubiläum. Aus diesem Anlaß glaubten einige Arbeiter nichts Vernünftigeres tun zu können, als auf Bitten eine Sammlung zu veranstalten, die circa 165 Mark ergeben hat. Wir können uns nicht erwehren, die Ansicht zu äußern, daß in diesem Falle die Verpflichtung zur Anerkennung treuer Dienste der Anitta oblag und nicht den Arbeitern. Uebrigens, wo bleibt die Opferfreudigkeit der Arbeiter dieses Betriebes, wenn es sich um die wichtigsten Interessen der Arbeiter handelt? Weber beim Kleinstreik in

Schweden, noch bei der Bauarbeiterausperrung haben die Arbeiter dieses Betriebes annähernd soviel Geld aufgebracht als beim Jubiläum eines Mannes, der im besten Falle ein — humaner Arbeiter ist. (Die Höcker-Fachwerke haben eine Verfügung erlassen, nach der das Sammeln für derartige Zwecke unter der Arbeiterkassensatzung verboten ist.)

× Kontinent-Milchwirtschaft in der Fabrik Gebrüder Statini.

Kürzlich wurden einem Arbeiter auf dem Lohnbureau 4,50 Mk. vom Lohn abgezogen, weil er angeblich soviel Schulden beim Kontinentwäcker haben sollte. Als der Arbeiter nochmals auf dem Bureau sein verdientes Geld verlangte, wurde es ihm ausbezahlt. Der Kontinentwäcker sagte aber, daß er an einem andern Orte mit dem Arbeiter abrechnen würde. Nach den bisher mit Wäcker gemachten Erfahrungen kann diese Lebensart nur so aufgefaßt werden, daß er den Arbeiter bei passender Gelegenheit verprügeln will. Öffentlich gerät er dabei an den Unrechten. Die Firma hat auch kein Recht, den Arbeitern für einen Dritten Lohnabzüge zu machen, auch nicht für den Kontinentwäcker. Es scheint aber auch in der Kontinentbuchführung ziemlich leichtfertig herzugehen, sonst könnten doch keinem Arbeiter 4,50 Mk. angerechnet werden, der keine Schulden in diesem „Wohlfahrtsinstitut“ hat.

× Unfalltote. Bei Am Mittwoch, dem 28. September, ereignete sich ein schwerer Unglücksfall in der chemischen Fabrik Wehmsdorf. Der Arbeiter Zimmermann hatte aus einem Bottich in einen andern tiefer liegenden gefüllten mit Öl zu schöpfen. Dabei ist er ausgerollt und in den drei Meter tiefen Bottich gefallen. Er lag nur in Höhe von 50 Zentimeter angefüllt war, konnte der Arbeiter nur als Leiche geborgen werden. Wiederbelebungsbemühungen wurden sofort angestellt, aber ohne Erfolg. In dieser Fabrik scheint überhaupt vieles in „besten Ordnung“ zu sein, denn die Arbeiter klagen öfter, daß sie ihres Lebens nicht sicher sind. Die Löhne sind ungenügend, und die Behandlung von Seiten eines Meisters ist nicht die beste. Leider suchen die Kollegen dieses Betriebes ihre Vertretung in Krieger- und Altkämpfern, den Weg zur Organisation haben erst wenige gefunden. Bei 28 Pf. Stundenlohn, eine jämmerliche Bezahlung, ist diesen 200 Arbeitern der chemischen Fabrik Wehmsdorf die Organisation dringend nötig. Nur durch die Organisation können kurze Arbeitszeit, höhere Löhne, sanitäre sowie hygienische Einrichtungen und andere Schutzmaßnahmen erreicht werden, damit Leben und Gesundheit der Arbeiter nicht in solch leichtfertiger Weise auf Spiel gesetzt werde. Deshalb hinein in den Fabrikarbeiterverband, nur vom Verbands habe ihr Hilfe zu erwarten, dort werden eure Interessen gewahrt.

× Gr.-Müden. In der Chloralkali-Fabrik der Gewerkschaft „Karlshund“ haben die Arbeiter in der einen Abteilung der Fabrik (bei den Deelen, wo das Salz getrocknet wird) den ganzen Tag keine Pause zum Essen. Vor kurzer Zeit kam der Betriebsführer Boges in genannte Abteilung des Betriebes und sah, daß ein Arbeiter sein Frühstück verzehrte. Er schauzte den Arbeiter an, ob er nicht wüßte, was er zu tun hätte. Der Arbeiter erwiderte: „Aber Herr Boges, ich muß doch auch mein Frühstück essen, denn wenn man nichts isst, kann man nicht arbeiten.“ Darauf sagte Herr Boges dem Arbeiter, er möge essen, wenn er Zeit habe, wenn er ihn wieder beim Essen fände, wüßte er Bescheid. Danach scheint Herr Boges der Meinung zu sein, die Arbeiter brauchen den ganzen Tag nichts zu essen. Was würde aber Herr Boges sagen, wenn er den ganzen Tag nichts essen dürfte und dabei schwere Arbeit leisten sollte. Nun, Kollegen, an euch liegt's, daß man euch so schikanieren darf. Schließt euch alle, Mann für Mann, dem Fabrikarbeiterverband an, dann könnt ihr geschlossen vorgehen und solche Mißstände abschaffen.

× Aus Jannerkufen. Wie väterlich die Leitung der Bayerischen Farbenfabrik für ihre Arbeiter sorgt, mag wieder einmal folgendes Beispiel zeigen: In der Kaffeestube Nr. 46 des Gebäudes 301 sind für zirka 70 Mann 12 Kaffeemaschinen und 2 Tassen vorhanden. Diese Tassen sind aber in einem solch elendlichen Zustande, daß man glauben sollte, sie seien aus dem Lager eines Althändlers entstanden. Der Umkleerraum des Betriebes enthält bei zirka 100 Quadratmetern Flächeninhalt 70 bis 80 Spinde, 2 Badewannen und 6 Brausebäder. Der Raum ist infolgedessen so beschränkt, daß eine Gefängnisverwaltung den Raum als Umkleerraum für die Gefangenen nicht mehr benutzen würde. Die Farbenfabrikleitung aber hält ihn noch für gut genug für ehrliche Arbeiter. — Und wie hier, so ist auch der Herdeseufz recht unannehmlich aus allen „Wohlfahrts“-einrichtungen hervor. Bei 45 Prozent Dividende ist es natürlich nicht möglich, solche Einrichtungen im Stande zu halten.

Wir berichteten erst kürzlich von dem Versuch des Feuerwehrmannes Dopppe, sich als Spiegel in unsere Organisation einzuschleichen. Der Versuch ist nicht gelungen. Nun sind auf die Demunition Dopppens hin, 15 brave Familienväter entlassen worden, weil sie von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machten und Mitglieder des Verbandes der Heizer und Maschinenführer geworden waren. Die Schmarfacher der chemischen Industrie haben für sich die Notwendigkeit der Organisation eingesehen und den Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie und im letzten Jahre den „Santalbund“ geschlossen, in welchem Duisberg eine große Rolle spielt. Derselbe Duisberg verbietet „seinen“ Arbeitern jede Organisation ohne Rücksicht auf die Bestimmungen der Gewerbeordnung. Solche Gesetzesbrecher werden Geheimräte. Es ist doch sonderbar in Deutschland. Wenn zwei das selbe tun, ist es doch nicht dasselbe! Ob sich ein Dopppe seiner traurigen Rolle bewußt ist?

Konferenz des Gaues 12 (Rheinland und Westfalen).

Am Sonntag, dem 18. September, tagte im Volkshaus zu Uckerath unsere Gaukonferenz. Vertreten waren 18 Zahlstellen durch 28 Delegierte, der Gauvorstand durch 3 und die Bezirksleitung des Ruhrgebietes durch 2 Vertreter. Vom Hauptvorstand war der Kollege Sad erschienen. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht a) des Gauleiters; b) des Bezirksleiters. 2. Der innere Ausbau der Organisation, Referent Kollege Sad-Hannover. 3. Der Verbandstag in Halle, Referent Kollege Herden-Röln. 4. Anträge und Beschlüsse. Zum 1. Punkt ergänzten die Kollegen Funf-Röln und Hilpman-Essen ihre ausführlichen schriftlichen Berichte. Es ist diesen zu entnehmen, daß sich die Tätigkeit des Gauleiters auf 2, des Bezirksleiters aber nur auf 1 Jahr bezieht. Trotzdem vom Gauleiter 714, vom Bezirksleiter 230, zusammen also 944 Versammlungen, Sitzungen usw. abgehalten und außerdem sonst noch eine reichhaltige Tätigkeit entwickelt wurde, hat der tatsächliche Erfolg nicht den berechtigten Erwartungen entsprochen. Es wurden 5 neue Zahlstellen gegründet, von denen aber eine wieder einging, so daß also 4 neue Zahlstellen vorhanden sind. 15 Zahlstellen hatten einen Gewinn von zusammen 1002 Mitgliedern, denen aber 6 Zahlstellen mit einem Verlust von zusammen 380 Mitgliedern gegenüberstehen; es bleibt also ein Gewinn von nur 622 neuen Mitgliedern. Eingetretten waren ein den 2 Jahren seit der letzten Konferenz zusammen 3428 Mitglieder, davon sind aber 1937 wieder verloren gegangen und 873 abgereist, so daß also nur ein geringer Fortschritt zu verzeichnen ist. Es sind 21 Zahlstellen mit 3359 Mitgliedern am Schluß der Berichtszeit vorhanden. Der Lokalkassenbestand derselben hat sich von 2371 Mk. auf 5520 Mk. gehoben. Unterhaltungen wurden insgesamt 38 816,84 Mk. ausgeführt. Lohnbewegungen, welche wir allein führten, fanden nur 6 statt, dagegen waren wir noch an einer sehr großen Anzahl von Bewegungen beteiligt, die andere Organisationen zu führen hatten; diese wurden im Bericht aber nicht berücksichtigt. Außerdem mußte der Gauleiter noch einmal mit den Unternehmern wegen verschiedener Differenzen verhandeln.

Bei der Agitation fehlt noch immer die Hilfe der Zahlstellen. Anregungen zur Agitation, die von der Gauleitung an die Zahlstellen ergangen sind, hatten oft wenig oder gar keinen Erfolg. Umgekehrt sind Anregungen der Zahlstellen an die Gauleitung, betreffend Agitation beinahe gar nicht ergangen. Hierzu kommt noch, daß die agitatorisch betätigten Kräfte im Gau fast ganz fehlen. Selbst in der größten Zahlstelle, in Röln, mit

seinen 1000 Mitgliedern, sieht es damit sehr trübe aus. Kollegen, die einmal auf das Land gehen könnten, um dort einen kleinen Vortrag zu halten, fehlen fast ganz. Es ist der Zahlstelle Röln kaum möglich, in dieser Beziehung ihren eigenen Bedarf zu befriedigen, geschweige denn, daß sie den Gauvorstand unterstützen könnte. Die Folge davon ist, daß der Gauleiter ganz auf seine eigene Kraft angewiesen ist und daß dadurch die Agitation nicht genügend betrieben werden kann; demzufolge ist auch der Erfolg nur gering.

Die Einnahmen und Ausgaben des Gauleiters balanzieren, bei einem Kassenbestand von 80,48 Mk. am 1. Juli d. J. mit 7392,66 Mk. Hierzu muß bemerkt werden, daß die gesamten Einnahmen aus der Hauptkasse geflossen sind. Ein Zuschuß aus einzelnen Zahlstellen, wie dies in fast allen andern Gauen der Fall ist, ist nicht gegeben worden; das ist in Rheinland-Westfalen nicht Brauch. Der Postverkehr belief sich auf 2767 Eingänge und 4630 Ausgänge.

An der Diskussion über diesen Bericht beteiligten sich fast alle Delegierten. Wenn auch, wie dies selbstverständlich ist, die Ansichten über dies und das auseinander gingen, so war doch überall durch zu hören, daß zwar die Tätigkeit des Gauleiters und des Bezirksleiters anerkannt wurde, daß aber andererseits das Bestreben laut wurde, in Zukunft diese mehr als bisher zu unterstützen, damit für die Zukunft bessere Erfolge herauskommen. Es wurde allgemein anerkannt, daß es äußerst schwierig sei, in Rheinland und Westfalen zu agitieren, um so mehr, wenn diese Arbeit nur auf 2 Personen beschränkt ist. Außerdem fällt die ganze Berichtszeit in die Zeit der wirtschaftlichen Krise und diese wird nicht zum wenigsten beigetragen haben, daß nur so geringe Erfolge zu verzeichnen sind.

Hierauf referierte Kollege Sad-Hannover über das Thema: „Der innere Ausbau unserer Organisation.“ Den zirka zweistündigen, äußerst interessanten Ausführungen des Redners folgten die Anwesenenden mit gespannter Aufmerksamkeit. Es wurden ihnen hier aus berufener Munde sehr viele Ratsschläge und Fingerspitzen gegeben, wie sie die Verwaltungsgeschäfte am besten zu gestalten haben. Besonders für die kleineren Zahlstellen waren diese Ausführungen von sehr großer Wichtigkeit; es wurde deshalb auch beschlossen, daß der Inhalt derselben, möglichst kurz gefaßt, in Form einer Broschüre allen Zahlstellen übermittelt werden soll. Da dieser Beschluß vom Gauvorstand ausgeführt werden wird, so wurde von einer Diskussion über das Referat Abstand genommen.

Der dritte Punkt der Tagesordnung: Bericht vom Verbandstag in Halle wurde wegen der weit vorgeschrittenen Zeit, und da die Protokolle darüber bereits gedruckt vorliegen, von der Tagesordnung abgesetzt und gleich der letzte Punkt verhandelt. Die meisten der vorliegenden Anträge wurden abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag, daß eine Erhebung über die Pensionskassen veranstaltet werden soll, soweit solche in der chemischen Industrie vorhanden sind. Ein weiterer Antrag, die nächste Konferenz auf 2 Tage zu verteilen, sowie den Ort und die Zeit der nächsten Konferenz festzusetzen, wurde dem Gauvorstand zur Erledigung überwiehen. Damit war die Tagesordnung erledigt.

In seinem Schlusswort forderte der Kollege Funf die Anwesenden noch einmal auf, mehr als bisher für die Organisation zu tun, damit in zwei Jahren bessere Erfolge zu verzeichnen sind und der Gau 12 endlich an die Stelle rückt, an die er schon lange stehen möchte. Mit einem kräftigen Hoch auf den Verband wurde die Konferenz um 9 Uhr geschlossen.

Gaukonferenz des Gaues 10.

Am 24. und 25. September tagte in Ludwigshafen unsere Gaukonferenz. Vertreten waren 20 Zahlstellen mit 44 Delegierten. Der Gauvorstand war vollzählig anwesend. Nicht vertreten waren Jodgrin, Mosbach, Osterheim, Ottweiler und Saargemünd. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Gauvorstandes. 2. Referat über „Die Theorie der Gewerkschaften unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsgeichte.“ Referent: Kollege Prall, Ludwigshafen. 3. Bericht vom Verbandstag in Halle. Referent: Kollege Fröhlich-Mannheim. 4. Verschmelzungsfrage. Referent: Kollege Haupt-Ludwigshafen. 5. Anträge und Beschlüsse. Laut vorliegendem Geschäftsbericht und entsprechenden Erläuterungen des Kollegen Prall hierzu, zählt der Gau gegenwärtig 26 Zahlstellen. Im Vorjahre war im Gau keine Mitgliederzunahme zu verzeichnen, in den beiden letzten Quartalen jedoch ist es rüstig vorwärts gegangen. Zu rügen ist das passive Verhalten speziell einiger badischen Zahlstellen in der Agitation und der Verantwortung von Zahlstellen. Wie die Ortsverwaltung, so die Mitgliedschaft! Es sind heute noch Zahlstellen vorhanden, die trotz mehrmaligen Rundschreibens und persönlicher Eingreifen des Gauvorstandes keine Agitationskommission haben, obwohl die Hausagitation unter den heutigen Verhältnissen absolut notwendig ist und bei unausgeglichter Tätigkeit mehr Erfolge bringt als öffentliche Versammlungen. Der Gauvorstand wird, wo es notwendig ist, beifällig wirken. Ueber die Art der zukünftigen Agitation enthält der Geschäftsbericht zwei schematische Anleitungen, die noch besonders vom Vorjahren erörtert wurden. Auffallend ist, daß Orte, die nicht zur Zufriedenheit arbeiten, die höchsten Summen für Unterstüzung ausgeben. Zwischen Ortsverwaltung, resp. Kassierer und Unterkassierer muß ein besserer Kontakt vorhanden sein. Es genügt nicht, daß einfach abgerechnet wird, sondern es muß immer festgestellt werden, wieviel Arbeiter der Unterkassierer im Verhältnis zu seinem Mitgliederbestand abgesetzt hat, damit Schäden behoben werden können. Kein Unterkassierer hat das Recht, Mitglieder zu streichen. Er hat unter Umständen der Ortsverwaltung Meldung zu machen, damit diese über die Agitationskommission eingreifen kann. Ferner empfiehlt sich für alle Zahlstellen die Anschaffung der Karteirolle zwecks genauere und leichtere Kontrolle.

In der Berichtszeit wurden die Zahlstellen Ottweiler und Mosbach neu gegründet. Neue Mitgliedschaften, die an bestehende Zahlstellen angegliedert wurden, sind in einer Reihe von Orten vorhanden. Am schwierigsten ist die Gewinnung neuer Mitglieder in Bötzingen, aber auch in Baden außerhalb des Industriebezirktes Mannheim. Die Agitation in diesen Gebieten ist tatsächlich heute nur Vorarbeit. Hausagitationskreise größeren Umfangs naher der Gauvorstand 18mal. Das Resultat ist zufriedenstellend. In Zukunft wird diese Tätigkeit noch mehr getan werden, doch müssen die Zahlstellen finanziell mit einspringen; es kann nicht alles zu Lasten der Hauptkasse geschehen. Insgesamt fanden statt: Öffentliche Versammlungen 122, Mitgliederversammlungen 193, Betriebsversammlungen 84, Sitzungen 98, Revisionen 3. Lohnbewegungen sind 28 zu verzeichnen, wovon 24 = 85 Prozent mit Erfolg endeten. In 10 Fällen wurden Lohnsätze vereinbart. Sonstige Differenzen lagen 19 vor, wovon 13 mit Erfolg erledigt wurden. Die Einnahmen der Gaukasse betragen 3992,11 Mk., die Ausgaben 3975,66 Mk.

Die eingehende Diskussion, die während der ganzen Konferenz sachlich blieb, hatte an dem Tätigkeitsbericht nichts auszuweisen, da die Redner die Schwierigkeiten der Agitation im Gau mit seinen jungen Organisationen zu würdigen wußten.

Zu Punkt 2 referierte Kollege Prall. Eine Debatte hierzu fand nicht statt. (Das Referat selbst wird an anderer Stelle dieses Blattes veröffentlicht. D. Red.)

Kollege Fröhlich-Mannheim gab hierauf den Bericht vom Verbandstag in Halle. Als Praktiker war er in der Lage, zugleich die Handhabung der neuen Bestimmungen, besonders des Unterstüzungswesens zu erläutern. Mehrere Delegierte bebauerten die Ablehnung einer 10-Pfennig-Beitragssteigerung. Die Speierer Kollegen sind mit der Erledigung ihrer Beschwerden an den Verbandstag bezüglich Nachzahlung ihrer Beiträge, fanden nur 6 statt, dagegen waren wir noch an einer sehr großen Anzahl von Bewegungen beteiligt, die andere Organisationen zu führen hatten; diese wurden im Bericht aber nicht berücksichtigt. Außerdem mußte der Gauleiter noch einmal mit den Unternehmern wegen verschiedener Differenzen verhandeln.

in der chemischen Industrie die Arbeitszeitverkürzung mehr in den Vordergrund stellen könnten. Organisieren und Schulen sei unsere nächste Lebensaufgabe. Damit war Sonntag abend 8 Uhr die Konferenz zu Ende. Die nächste Gaukonferenz findet in Mannheim statt.

Streits und Lohnbewegungen.

— **Streits und Differenzen** bestehen in: Gösch a. M. (Stanoifabrik).

Zugung nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten!

— **Hannover.** Für die Nachschicht der Packetal- dracht- und Kabelwerke A.-G. wurde vom Verband Forderung auf Erhöhung des Stundenlohns um 5 Pf. eingereicht. Die Direktion bewilligte 3 Pf. Zulage, womit sich die Arbeiter einverstanden erklärten.

Der mit der Manzanilgesellschaft m. b. H. abgeschlossene Tarifvertrag war am 31. August abgelaufen. Der Vertrag wurde bis zum 30. April 1912 verlängert unter Erhöhung der Löhne um 25 Pf. pro Tag.

Der Direktion der Gasanstalt wurde Forderung auf Erhöhung des Schichtlohns eingereicht. Schon bei früheren Lohnbewegungen wünschten die Arbeiter entweder einen Tarifvertrag oder wenigstens die Festlegung der Löhne in einer Skala. Bei dieser Lohnforderung ließ sich endlich die Direktion herbei, nach Rücksprache mit dem Arbeiterausschuß eine Lohnskala festzulegen. Den Feuerhausarbeitern, welche aber 6 Jahre im Betrieb sind, wurde der Schichtlohn (8 Stunden) von 5 Mk. auf 5,20 Mk. erhöht. Ebenso erhielten einige andre Arbeiterkategorien nach Maßgabe der Beschäftigungsdauer Zulagen. Die Lohnfestlegung geschah in folgender Weise:

- Festlegung der Löhne vom 1. Oktober 1910 an:
Klasse 1 (Hofarbeiter, Erdarbeiter, Kohlegeher, Latzenwärter für Seilfänger): Anfangslohn 3,90 Mk. Höchstlohn 4,20 Mk. Lohnzulagen: Pro Jahr 10 Pf.
Klasse 2 (Messermacher, Kohlegeher, Fuhrleute): Anfangslohn 4,20 Mk. Höchstlohn 4,70 Mk. Lohnzulagen: Die ersten drei Jahre 10 Pf., sodann alle zwei Jahre 10 Pf.
Klasse 3 (Schloffer, Schmelze, Installateur, Ofenhauerarbeiter aller Art, Arbeiter am Kohlenbrecher, Kohlenabheber, Kesselfeuer, Regulatormacher, Arbeiter in der Ammoniakfabrik, Ergänzungs- und Wäscherarbeiter und Magazinarbeiter, Tischler): Anfangslohn 4,50 Mk. Höchstlohn 5,20 Mk. Lohnzulagen: Die ersten fünf Jahre alle Jahre 10 Pf., sodann alle zwei Jahre 10 Pf.
Klasse 4 (Maurer, Zimmerleute, Vorarbeiter bei den Kohlegehern): Anfangslohn 5 Mk. Höchstlohn 6 Mk. Lohnzulagen: Die ersten fünf Jahre 10 Pf., sodann alle zwei Jahre 10 Pf.

Wird ein Arbeiter aus einer niedrigen in eine höhere Klasse, so erhält er eine außerordentliche sofortige Zulage von 20 Pf. Ferner soll im Falle der Erkrankung der Arbeiter, die in Tagelohn stehen, für die ersten drei Tage der Erkrankung der volle Lohn gezahlt werden.

Die Dienstzeit der Arbeiter, welche Anspruch auf eine Woche Urlaub bei vollem Lohn haben, soll von fünf auf drei Jahre herabgesetzt werden. Für Ueberstunden und Arbeit an Sonn- und Feiertagen, sofern die Arbeit nicht im Dienstplan vorgeesehen ist, wird neben dem entsprechenden Teil des Lohnes ein Zuschlag von 50 Prozent vergütet.

Als Ueberstunden zählen die Arbeitsstunden, welche in die Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens fallen.

— **Waltershäuser.** Die hiesigen Puppenfabrikanten benutzten die Krisenzeit 1908 dazu, getreu den Gepflogenheiten ihrer Herren Kumpane allerorts, Lohnreduzierungen in ziemlichem Umfang vorzunehmen. Ohne Widersehen, wenn auch mit Knurren und Murren, mußte sich die Arbeiterkassensatzung das gefallen lassen, war doch das Organisationsverhältnis damals noch ein sehr mangelhaftes. Durch rastlose Werbearbeit gelang es den organisierten Kollegen und der Zahlstellenleitung, die Organisation zu stärken. Im Mai d. J. wurde eine allgemeine Lohnforderung für alle in den 12 hiesigen Puppenfabriken beschäftigten Arbeiter gestellt. Es wurden gefordert: 10 Prozent Aufschlag auf Alltagsarbeit, in Lohnarbeit für Arbeiter von 14 bis 18 Jahren 12 Pf., steigend bis 20 Pf., 19—21 Jahren 25 Pf., 22—25 Jahren 30 Pf. und 26 und mehr Jahren 35 Pf. pro Stunde. Ueberarbeit sollte mit 5 Pf. Zuschlag pro Stunde vergütet werden. Ferner wurde Anerkennung der Organisation durch Tarifabschluß gefordert. Vor allem kam es darauf an, die Stundenlöhne für erwachsene Arbeiter (bisher 20 bis 25 Pf.) etwas höher zu bringen. In sechs Puppenfabriken, sowie in zwei kleineren Betrieben war es der Organisationsleitung möglich, die Bewilligung der Forderung zum Teil auf 1. Oktober, zum Teil auf 1. November d. J. auf zwei Jahre tariflich festzulegen, während in den übrigen Fabriken den Fabrikabschüssen die Erklärung gegeben wurde, daß ab 1. November d. J. den Forderungen entsprechende Lohnherhöhungen eintreten sollten. In einer Fabrik (G. M. Bergmann, Friedrichsrode) kam es zum Kampf, welcher jedoch infolge des strengen Organisationsverhältnisses nach fünfwöchiger Dauer mit einem vollen Siege der Kollegen endete. Wenn nun auch nicht in allen Fabriken den Wünschen der Mitglieder Rechnung getragen werden konnte, so liegt das eben noch an den Organisationsverhältnissen in den einzelnen Betrieben. Es ist die Pflicht eines jeden Mitgliedes, den letzten Unorganisierten dem Fabrikarbeiterverbande zuzuführen, damit das Jahr 1912 uns in puncto Organisationsverhältnis nicht unbereit findet. Deshalb: Auf zur Werbearbeit!

Korrespondenzen.

— **Röln.** Unfall. In der Ziegelei von Paul Kersten ereignete sich am Donnerstag, dem 6. Oktober, ein schwerer Betriebsunfall. Die Dienstarbeiter haben dort zur Beleuchtung des Ofens eine mit Gasolin gefüllte Lampe. Während der Arbeit explodierte dieselbe. Vier Verbandskollegen erlitten mehr oder weniger schwere Brandwunden. Die Ursache der Explosion ist noch nicht ausgeschlakt. Jedemfalls muß der Gasolinbehälter nicht in Ordnung gewesen sein. Die Aufsichtsbehörde sollte überhaupt eine so feuergefährliche Füllung für Lampen in den Brennbläsen, in denen die Arbeiter meistens dicht vor dem Feuer arbeiten, unterlassen.

— **Nordensham.** Wie es mit der Arbeiterfreundlichkeit der Nordenshamer Seilfabrikwerke, die von den bürgerlichen Blättern in allen Tonarten gepriesen wird, sieht, zeigt uns folgender Vorfall: Der Vorsitzende unseres Verbandes, Kollege Reichardt, der seit etwa zwei Jahren in dem obgenannten Werk in dem sogenannten Aderabteil zweig beschäftigt war, und sich während dieser Zeit in seiner Arbeit nichts zuschulden kommen ließ, wurde ohne allen Grund nach einem der schändlichsten, mit Spießraub gleichwärtigen Betriebszweige abkommandiert. Auf eine Anfrage des W., warum man ihn von seinem alten Arbeitsplatz genommen und in diesen schändlichen Betrieb gestellt habe, erhielt er vom aufstrebenden Ingenieur nebst andern Aufklärungen folgende „treffliche“ Antwort: „Die Arbeitsräume wären herrliche, die Arbeiter jedoch seien zu verdoht; sie wollten am liebsten im Salon auf dem Sofa sitzen und Zigarren rauchen.“ (Und das alles bei einem Stundenlohn von 35—40 Pf.!) D. Ver. Nach sechsmonatigem Aufenthalt in genannten Betriebszweig wurde W. wieder nach seiner früheren Arbeitsstätte geschickt und dort von den andern Arbeitern abgefordert auf einen Platz gestellt, der dort Kontor aus unter ständiger Beobachtung lag. Zuletzt hat man den Arbeitern verboten, mit W. zu sprechen.

Erbitte über solche Behandlung, legte W. nach einer kurzen Auseinandersetzung die Arbeit nieder. Damit hatte man erreicht, was man wollte, ohne in der Öffentlichkeit in einem schlechten Dichte zu erscheinen. Demerkenswert ist es jedoch, daß die Lieblinge der Vorgesetzten ungehindert hausenweise zusammenkommen und sich über alle möglichen Sachen unterhalten dürfen. Den auf befragtem Werke beschäftigten organisierten Arbeitern empfehlen wir, sich durch solche Vorkommnisse in ihrer Agitation nicht abschrecken zu lassen. Es muß gelingen, die dort beschäftigten indifferenten Arbeiter in solcher Zahl zu organisieren, daß endlich auch auf dem Seilwerk menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Deshalb: Auf zur Agitation!

Uebersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 3. Quartal 1910.

Table with columns for membership statistics (Mitgliederzahl), changes (Zu- oder Abnahme), and unemployment figures (Arbeitslose Mitglieder) categorized by location (a) and relief (b).

Anmerkung. Folgende Zahlstellen haben die statistische Berichtskarte nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht eingefandt: Altwasser, Aue i. S., Bielefeld, Biele, Borby, Bramsche, Bremen, Briesg, Celle, Düsseldorf, Gmund, Krefeld, Kuppferberg, Nienburg a. d. S., Oldesloe, Pommernsdorf, Pöls, Radeberg, Rheinfelden, Speier, Schweningen, Schwesingen, Sirehlen, Stolp, Tirschenreuth, Uelzen, Ulm, Vetschau, Viernheim, Wedel, Wernigerode, Worms. (Außerdem einige mit geringem Mitgliederbestand.)

Polizei und Gerichte.

§ 37 der Fabrikarbeiterverband ein politischer Verein? Das Urteil der ersten Strafkammer des Landgerichts zu Bielefeld vom 7. Juli 1910: „Der Fabrikarbeiterverband sei eine politische Organisation“ ist vom Oberlandesgericht Breslau aufgehoben.

„Das angefochtene Urteil wird samt dem ihm zugrunde liegenden Feststellungen aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurückgewiesen.“

In den dazu gegebenen Gründen wird u. a. gesagt: „Es genügt nicht, daß der Gegenstand der Erörterung unter gewissen Umständen und Bedingungen in die Interessen und Aufgaben des Staates hinübergreifen könnte.“

„Auch wenn im Berufungsurteil gesagt wird, daß der Angeklagte dadurch neue Mitglieder „hätte erwerben können“, daß er den Entscheidungen die Ziele und Zwecke des Verbandes schilderte, so ist hierin die Feststellung, daß er auch tatsächlich die politische (?) Stellung des Verbandes zu erörtern beabsichtigt habe, noch nicht zu finden.“

Da der verurteilte Geschäftsführer unseres Verbandes, Kollege A. Rabemski, nur für Nichtanmeldung der fraglichen Versammlung bestraft ist, — die Versammlung ist nicht abgehalten, weil die Polizei das Verbot nicht verlassen wollte — so soll jetzt festgestellt werden, ob etwa mit Rücksicht auf den tatsächlichen Verlauf d. h. nämlich der vom Angeklagten veranstalteten Versammlungen oder seine sonstige agitatorische Tätigkeit auf den politischen Zweck der Versammlung geschlossen werden kann.

Wir möchten schon jetzt dagegen Protest erheben, daß aus der sonstigen agitatorischen Tätigkeit eines Redners Schlüsse gezogen werden auf den Zweck einer Versammlung, in der er spricht. Das Gericht hat die Handlung zu beurteilen, die unter dieser Feststellung steht, nicht aber die Tätigkeit des Kollegen R. Auf die Begründung kommen wir nach endgültiger Beendigung der Klage noch zurück.

§ Herr Tremmel als Kläger. Am 18. Juli d. J. hatte Kollege Haupt in einer Betriebsversammlung für die Firma Grünzweig u. Hartmann die Wahrheitsliebe des Herrn Peter Tremmel, früher Bezirksleiter, jetzt zweiter Vorsitzender des christlichen Hilfs- u. Arbeiterverbandes, angezweifelt. Das veranlaßte Herrn Tremmel, den Kollegen Haupt wegen Beleidigung zu verklagen.

Der christliche Bezirksleiter Frankenberg und zwei andere Zeugen behaupteten, Haupt hätte vom Kläger behauptet, wiewohl die Unwahrheit gesagt zu haben. Haupt hingegen erklärte, er habe nur die Tatsache festgestellt, daß Tremmel die Unwahrheit gesagt habe, aber nicht, daß er sie wiewohl gesagt habe. Er erklärte aber, daß er verstanden werde, auch für die unwahrheitsgemäße Unwahrheitsliebe Tremmels den Beweis zu erbringen. Mehrere Zeugen behaupteten dann, daß Tremmel wiederholt unwahre Aussagen gemacht, deren Unwahrheit er eigenhändig hätte kennen müssen. Das Gericht nahm dann auch als erwiesen an, daß Tremmel objektive Unwahrheiten behauptet habe, es erachtete jedoch nicht als erwiesen, daß diese Behauptungen wider besseres Wissen erfolgt seien. Kollege Haupt wurde zu einer Geldstrafe von 30 RM und zur Tragung der Kosten verurteilt. Unreines Erzeugnis hätte Herr Tremmel klagen können, wenn er sich diese Klage gefallen hätte; er wird kaum auf den Ausgänger stolz sein.

Verbandsnachrichten.

Der Kollege Karl Heidefeld aus Quedlinburg wird in einer Angelegenheit als Junge gesucht. Derselbe ist Mitte September d. J. von Quedlinburg abgereist, angeblich nach Gießen. Alle, die seine Adresse angeben können, werden ersucht, diese dem Kollegen Hermann Kachelmeier in Quedlinburg, Brunnstraße 11, zu übermitteln.

Vom 11. Oktober an gingen bei der Hauptkassa folgende Beiträge ein:

- List of financial contributions from various members and locations, including names like Remigius, Kasse, and amounts in Reichsmark.

- List of names and addresses of members, such as Kassel 476.18, Barmen 474.47, Stuttgart 444.54, etc.

Schluss: Montag, 17. Oktober, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1910 haben eingefandt:

- Extensive list of names and addresses of members who have paid their dues for the 3rd quarter of 1910.

Zuführung zur Erhebung von Extrabeiträgen.

Langelshelm. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

- List of lost and invalid books and cards, including names like Max Kiohner, Lorenz Witel, and amounts.

- List of names and addresses of members, including Hermann Schweifler, Otto Johans, etc.

Ausgeschlossen.

- List of names and addresses of members who have been excluded from the organization.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- List of new addresses and address changes for members, such as Gau 8, Sig Nürnberg, etc.

Briefkasten.

A. N. Anonyme Anfragen werden nicht beantwortet. Ueberdies ist die Zahl der Eingangsbriefe so groß, daß ihre Aufzählung im Briefkasten nicht erfolgen kann.

Inserate.

Zahlstelle Doffau und Umgegend.

Für die hiesige Zahlstelle wird an Stelle des Kollegen A. Linko, welcher als Parteifunktionär gewählt worden ist, zum 1. Januar 1911 ein tüchtiger Geschäftsführer gesucht.

- Advertisement for a business manager position, detailing requirements and contact information for Franz Petzold.

Large advertisement for 'Protokoll vom 10. Verbandstag' and 'Notizkalender für das Jahr 1911', including prices and distribution information.

Aus der Papierindustrie.

Kapitalistische Handlanger-Wissenschaft.

In Nr. 38 des „Wochenblatts“ bespricht Herr Ditzes, Geschäftsführer des Vereins der Papierfabrikanten, ein unter dem Titel: „Die Berufsstandspolitil des Gewerbe- und Handelsstandes“ erschienenes Werk des Herrn Dr. Alexander Tille. Er nennt das Werk einen „Führer durch das außerordentlich verwickelte Gefüge unfreier Wirtschaftslebens“ und bezeichnet die Anschaffung des vierbändigen Werkes als „eine Ehrenpflicht jeden Arbeiternehmers“. Das ist zweifellos eine Anerkennung des Tilleschen Werkes, wie sie wärmer kaum ausgedrückt werden kann. Wir haben den Geschäftsführer der Papierfabrikanten noch nie als politisch informiert oder von sozialpolitischer Gedankenblässe angekränkt befunden; im Gegenteil: er ist von uns immer als Reaktionsär vom reinsten Wasser eingeschätzt worden, aber eine solche Beurteilung eines solchen Werkes hätten wir ihm nicht zugetraut.

Herr Alexander Tille ist den Lesern des „Proletariats“ nicht ganz unbekannt. Wir haben gelegentlich einige Proben seiner literarischen Tätigkeit, mehr zur Erweiterung als zur Belehrung, unter die kritische Lupe genommen. Dabei haben wir ihn einmal mit dem Don Quichotte des Cervantes verglichen — nach der neuesten, von Herrn Ditzes so gepriesenen Leistung bitten wir den seligen Ritter von der Mancha den Vergleich ab. Herr Tille ist nunmehr unvergleichlich. Man müßte einen Hanswurst mit einem Pavian paaren, um den „Geist“ zu erzeugen, der aus dem Tilleschen Nachwerk weht. Doch unsere Leser mögen selber urteilen.

Die hervorsteckendste Tendenz des Tilleschen Werkes ist die Umschmelzung der Unternehmer. Hierfür ein Proöchen. Tille behauptet, daß

„diejenigen, welche die Neigung zur starken Betätigung ihrer Fähigkeiten in sich tragen, sich naturgemäß dem Unternehmertum zuwenden, wo sie Gelegenheit haben, ihre Arbeitskraft unter eigener Verantwortung an die Erzielung eines Ertrags zu wagen. Da die Arbeitsfreudigsten sich demnach zu Ertragsarbeitern aufschwingen, so bleiben für Gehalts- und Lohnarbeiter durchschnittlich nur diejenigen mit weniger starkem Arbeitstriebe übrig.“

Nun ist Alexander Tille allerdings nicht Unternehmer sondern kapitalistischer Interesses-Nachwächter, es mag ihm auch geglaubt werden, daß er ein Mann „mit weniger starkem Arbeitstrieb“ ist, aber das berechtigt ihn nicht zu solchen Verallgemeinerungen. Wenn er dann noch schreibt, die Arbeiter seien faul und dumm, die ein „beschauliches Dahinschlendern der angestrengten Kräftebetätigung vorziehen“, so begnügen wir uns mit der Bemerkung, daß es bisher nicht üblich war, Couponhändler, Spekulanten und eine gewisse Sorte von Bücherfabrikanten mit dem Ehrennamen Arbeiter zu belegen.

Daß Herr Alexander Tille in der modernen Arbeiterbewegung das größte aller Uebel sieht, nimmt nach seiner Einleitung nicht wunder. Die Lehre vom Klassenkampf nennt er „die größte Unbilligkeit, die größte Erbärmlichkeit, größte Gemeinheit und größte Feigheit“. Das ist gewiß sehr schön, und mit recht hübscher Abstufung ausgedrückt. Es muß Herrn Tille überhaupt attestiert werden, daß er es vorzüglich versteht, die Form seiner Ausführungen dem Inhalt anzupassen — eins ist so ekelhaft wie das andre. Der Klassenkampf soll denn auch — man bewundere die geniale Idee! — gesetzlich verboten werden. Und zwar nicht durch Verbot der Klassenkampfvereinigungen, sondern durch Verbot der Klassenkampfhandlungen. Dem Sozialistengesetz sagt Tille den Fehler nach, es habe „die Neußerungen von Ueberzeugungen verbieten“ wollen, deshalb sei es ohne Erfolg geblieben. Dagegen sei „das Verbot der Klassenkampfhandlungen die einzige, eines neuzeitlichen Staates würdige Art, dieselben aus der Welt zu schaffen“. Statt die Sozialdemokratie zu verbieten, soll man „ihren vornehmsten Nährboden, den Klassenkampf“, verbieten. Als die „vornehmste“ Handlung des Klassenkampfes gilt für Tille natürlich der Streik. Er schreibt im ersten Band seines vierbändigen „Führers“ über die so verhasste „Störung der Wirtschaftsarbeit“:

„Sie ist kein Menschenverdienst, sondern eine Menschen-schande. Sie ist eine Gemeinheit und eine Niedertracht, eine Rückslosigkeit und ein Frevel am Menschenwohl. Sie wird nicht besser dadurch, daß sie sich in erhabenen Wägen als Mittel zur Hebung der Lage einer Klasse spiegelt, sondern sie bedeutet den Verzicht dieser Klasse darauf, sich mit ehrlicher, fleißiger Arbeit vorwärts zu helfen, und einen Raubakt an ihren Wohlthätern.“ (!)

Und später im 2. Band:

„Der Versuch der Erpressung von Lohnerhöhungen gleichzeitig mit dem Aufstieg der Wirtschaftslage des Warenmarktes behält darum alle Erpressungsmerkmale der Widerrechtlichkeit und Widerwirtschaftlichkeit. Denn er benutzt wie jeder andre Ausnahmefall eine ausdrücklich geschaffene Notlage des Unternehmers zur Erreichung eines widerrechtlichem Vermögensvorteils.“

Wenn diese Sätze nicht von Herrn Alexander Tille stammen, würden wir sie als „eine Menschenschande und eine Niedertracht, eine Rückslosigkeit und einen Frevel am Menschenwohl“ bezeichnen, ja aber buchen wir sie nur als einen Beweis für den geradezu ungläublichen Tiefstand der kapitalistischen Apologetik. Ein Unternehmertum, das sich von solchen Menschen und mit solchen Argumenten verteidigen läßt, begibt sich jeden Anspruch auf Achtung.

Aber die zynische Dämonenphilosophie des saarabischen Scharfmacherhausknechts gibt die theoretische Begründung für den Herr-im-Hause-Standpunkt seiner Brotgeber. Denn:

„Mit Lohnarbeitern, welche sich auf dem Boden des Klassenkampfes befinden, kann es kein Verhandeln, kein Paktieren, keine Vereinbarung von Arbeitsbedingungen

geben. Sie stehen ja außerhalb alles Wirtschaftslebens, alles Rechtszustandes und aller sittlichen Beziehungen. Wer auf den Boden des Klassenkampfes tritt, der macht sich selbst wirtschaftsbogelfrei.“

Nur eine Antwort gibt es noch auf Streiks, und die lautet: „Die Schaffung von Klassenkampfvereinigungen durch die Unternehmer und die bedingungslose Niederschlagung jedes Klassenkampfversuchs durch den Hunger.“ Nur gut, daß hinter dieser dramatisierenden Drohung nichts steckt als eine erhebliche Dosis Gefährlichkeit; damit kann man aber niemand aushungern.

Herr Alexander Tille ist aber nicht nur ein bitterer Feind des Klassenkampfes und seiner Neußerungen, sondern auch der, nicht zuletzt als Gegengift gegen den Klassenkampf eingeführten, Arbeiterversicherung — Klassenversicherung sagt Tille —. Vor allem bedauert er, daß nicht bei Einführung der Versicherung, gewissermaßen als „Gegenleistung“, das Reichstagswahlrecht geändert wurde. Die Versicherungsrenten sind ihm eine Prämie für Faulenzer. Von der sogenannten Krankenrente sagte er, sie sei „durch ihre Höhe vielfach eine Gabe an feiernde Faulenzer“ geworden, und die Krankenversicherung ist ein „Mittel zur Ausbeutung derer, welche ihre Lasten tragen“. Unter den die Lasten Tragenden sind bei Tille selbstverständlich die Unternehmer gemeint. Die Unfallrenten beziehen „unverdiente Lohnzuschüsse aus fremden Taschen“, und die Rente an Witwen, deren Mann durch einen Unfall zu Tode gekommen ist, hat nach Tille zur Folge, daß die Witwe „sich in vielen Fällen bald darauf einem nicht gerade einwandfreien Leben ergibt“. Selbstverständlich erreicht der Schmutz, den Tille hier umherspricht, die Arbeiter nicht.

Besonders erbost ist Tille über die von den organisierten Arbeitern geforderte, von einigen Bundesstaaten erzwungene und in einigen Kommunen schon eingeführte Arbeitslosenunterstützung — Feiernrenten, sagt Tille —. Die Unternehmer werden aufgefordert, diese Unterstützung mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die kommunalen Arbeitslosenkassen sollen systematisch geleert werden. Zu diesem Zweck empfiehlt Tille den Unternehmern, sie sollen nach Möglichkeit unfähige Leute nach solchen Gemeinden abschicken, die Feiernrenten zahlen, und keine Leute annehmen, welche solche Versorgung genossen haben. Dadurch würde den sozialfimentalen Gemeindevertretungen bald eine solche Feiernrentenlast erwachsen, daß sie wohl oder übel gezwungen würden, diese unternehmerfeindlichen und wirtschaftsfeindlichen Einrichtungen wieder aufzuheben.

Das sind einige Proöchen aus dem „wissenschaftlichen“ Werk des Dr. Alexander Tille, das Herr Ditzes so warm empfiehlt, dessen Anschaffung er jedem Unternehmer zur Ehrenpflicht macht. Mit dieser warmen Empfehlung und namentlich auch mit der in allen Punkten zustimmenden Besprechung des Buches hat sich der Sekretär des Vereins der Papierfabrikanten mit den Tilleschen Ansichten, Absichten und Vorschlägen identifiziert. Demnach sind die Arbeiter auch für Herrn Ditzes faul und dumm, das Reichstagswahlrecht paßt nicht in unsre Zeit, die Unfallrenten erzeugen nur schlimme Männer und lieberliche Witwen, die Arbeitslosenunterstützung ist eine Prämie auf die Faulheit und der Streik ist das größte aller Verbrechen. Wir kondolieren! Herrn Ditzes sowohl als dem Verein der Papierfabrikanten! Wir danken gleichzeitig für die Offenheit. Es müßte ja mit dem Teufel zugehen, wenn die Arbeiterschaft der Papierindustrie aus solchen Vorlesungen nicht lernen wollte.

+ Aus den Geschäftsberichten der Papierfabriken.

Die Papierfabrik Reichholz, Aktiengesellschaft in Kassel, eine noch junge Fabrik, bereitet ihren Aktionären eitel Freude. Im Vorjahre steigerte sie ihre Dividende von 5 auf 10 Prozent und für das letzte Geschäftsjahr sollen nun gar 15 Prozent verteilt werden. Die Ausschüttung für 1910/11 werden als günstig bezeichnet. Ob die Arbeiterschaft des Unternehmens gleich betrieblustig ist, ist eine andre Frage.

Noch besser fällt schließlich die Ammendorfer Papierfabrik ab. Sie zahlte für 1909/10 22 Prozent Dividende gegen 12 Prozent im Vorjahre. Der Reingewinn ist von 341 388 Mk. auf 629 525 Mk. gestiegen. Die Anteile für Aufsichtsrat und Direktion betragen 134 616 Mk. gegen 61 000 Mk. im Vorjahre. Der Reingewinn ist demnach um rund 80 Prozent und die Zantiensumme um mehr als 100 Prozent gestiegen. Um wieviel Prozent der Lohn der Arbeiter gestiegen ist, geht aus dem Bericht nicht hervor.

Weniger günstig schließt die früher so rentable Elberfelder Papierfabrik ab. Als im Jahre 1907 ein Defizit von 166 856 Mk. ausgewiesen wurde, schrieb die Verwaltung in ihrem Geschäftsbericht, daß der Verlust auf die Neugründung in Zehlendorf bei Berlin zurückzuführen sei, sie habe aber die „zuverlässliche Hoffnung, mit der vorliegenden Bilanz nunmehr die Periode der Zehlendorfer Verluste abgeschlossen zu haben und schon im nächsten Jahre wieder in der Lage zu sein, bessere Erträge zu bringen zu können“. Diese Hoffnung hat jedoch getrogen, denn 1907/08 betrug das Defizit 1 134 667 und 1908/09 399 789 Mk. Wieder hieß es, Zehlendorf sei schuld und Besserung sei in Aussicht. Diese Hoffnung ist jedoch wiederum nicht in Erfüllung gegangen; der Verlust ist nämlich für das Jahr 1908/09 auf 416 553 Mk. gestiegen.

Natürlich sind die Aktionäre mit einer solchen „Besserung“ nicht zufrieden; sie gedenken sehnend der schönen Zeiten, wo ihnen 12—20 Prozent Dividende in die Taschen fließen, zumal sie jetzt nicht nur leer ausgehen, sondern noch herausgeben sollen. Die Verwaltung schlägt nämlich den Aktionären vor, sie sollen auf ihre Aktien 30 Prozent des Nennbetrages zu zahlen. Die Generalversammlung wird geigen, ob die Aktionäre dem zustimmen. Nach einer Zuschrift an das „B. Z.“ scheint nicht allzuviel Neigung dazu vorhanden zu sein.

+ Unfälle.

In der Pappenfabrik in Laufen a. G. kam der 19jährige Arbeiter Chr. Nagel beim Schürren in das Gerieb der Transmijon. Als die im Nebenraum beschäftigten Arbeiter den langsamen Gang des Betriebes bemerkten und der Geschäftsführer nachsah, fand er den Verunglückten an der Transmijon eingeklemmt hängen. Der Arbeiter hatte noch die Geistesgegenwart gehabt, den Rängen von der Welle abzubringen, sonst wäre er sofort ums Leben gekommen, während er so, aus seiner schrecklichen Lage befreit, nach Hause gebracht wurde, schwer verletzt, mit Rippenbrüchen und großen Wunden.

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Die sächsische Ziegelindustrie im Jahre 1909.

Alljährlich, wenn der Herbst ins Land zieht, erscheinen auch die sächsischen Gewerbeinspektionsberichte, um von der bescheidenen Tätigkeit der Aufsichtsbeamten Zeugnis abzulegen. So auch in diesem Jahre. Der Umfang und Inhalt der Berichte ist für ein so hochentwickeltes Industriegebiet wie Sachsen äußerst dürftig, womit das späte Erscheinen noch unverständlicher wird. Ein großer Raum wird wiederum den Wohlfahrtsanstalten gewidmet, so daß es den Anschein erweckt, als seien die Beamten nur angewiesen, diesem Plunder nachzuspüren. Es wird da berichtet über die „Stiftungen“ der Unternehmer, über die Einrichtung von Fabrikwohnungen, Kindergärten, Fabrikkassen, Kochschulen und Pensionskassen, über Verabreichung von billigem Mittagessen und alkoholfreien Getränken, über Gewährung von Prämien, Urlaub, Weihnachtsgeschenken und Jubiläumsgaben und über die Verleihung von Diplomen, Medaillen und Ehrenzeichen. Wenn den Müßkäufern in den Betrieben auch nur die Hälfte dieser Aufmerksamkeit zugewandt würde, die Berichte müßten in vierfachem Umfang erscheinen. Wenn trotz dieser Oberflächlichkeit der Berichte die Ziegelindustrie im Jahre 1909 etwas mehr als früher berücksichtigt wurde, so nur deshalb, weil hier die Uebelstände so kraß und offensichtlich zutage liegen, daß sie nicht gut totgeschwiegen werden können.

Die statistischen Tabellen über die Zahl der Ziegeleien und der darin beschäftigten Arbeiter ergeben folgendes Bild:

| Kreis-hauptmannschaft | Zahl der Ziegeleien | Zahl der Beschäftigten | | | | insgesamt | Zunahme/Abnahme +1 |
|-----------------------|---------------------|------------------------|--------|------------------------|--------|-----------|--------------------|
| | | männl. | weibl. | Jugendliche und Kinder | 1909 | | |
| Bautzen | 79 | 1 383 | 171 | 21 | 1 575 | 1 728 | — 153 |
| Chemnitz | 125 | 1 870 | 102 | 81 | 2 053 | 2 195 | — 142 |
| Dresden | 155 | 2 682 | 763 | 36 | 3 481 | 4 170 | — 689 |
| Leipzig | 182 | 3 278 | 467 | 48 | 3 793 | 3 943 | — 150 |
| Zwickau | 99 | 1 280 | 285 | 50 | 1 615 | 2 112 | — 497 |
| Summa: | 640 | 10 493 | 1 788 | 236 | 12 517 | 14 148 | — 1631* |

* Die Ziffern beziehen sich nur auf die Ziegeleien, stimmen also mit den Ziffern der Berufsgenossenschaft nicht überein.

Die wirtschaftliche Krise im Jahre 1909 spiegelt sich in dieser Tabelle deutlich wieder. Die Zahl der in Ziegeleien beschäftigten Personen ging um 1631 zurück, während sich die Zahl der Ziegeleien um 13 verringerte. An dem Rückgang der Arbeiterzahl sind die erwachsenen männlichen Arbeiter mit 1169 = 10 Prozent und die Arbeiterinnen, Jugendlichen und Kinder mit 462 = 12,4 Prozent beteiligt. Die Gesamtzunahme der in Ziegeleien Beschäftigten betrug in Sachsen 11,5 Prozent, gegen 6,4 Prozent im Deutschen Reich. Auch finanziell machte sich die Krise in Sachsen stärker bemerkbar als im Reich. Denn während im Reich der durchschnittliche Jahresverdienst um 5,5 Prozent stieg (allerdings nur durch vermehrte Antreiberei und Verlängerung der Arbeitszeit), ging er in Sachsen um 3,1 Prozent zurück. Die Ursachen dieser Erscheinung liegen wohl darin, daß Sachsen als Grenzland von ausländischen Arbeitern überflutet wird, wodurch die zum großen Teil einheimischen Ziegeleiarbeiter gezwungen werden, zu jeder Bedingung zu arbeiten.

Bei den Revisionen wurden 176 Verstöße gegen die Arbeiterschutzbestimmungen ermittelt, die sich auf 112 Ziegeleien verteilen. Es ist hier gegen das Vorjahr wiederum ein geringer Rückgang zu verzeichnen. Dabei ist aber zu beachten, daß die Ziegeleiunternehmer viel Riß darauf verwenden, den Arbeiterschutzbestimmungen ein Schnippchen zu schlagen; sie lernen die Gewohnheiten und Schwächen der Beamten kennen und ausnützen, so daß die ermittelten Uebertretungen wohl zurückgehen können, ohne daß die Unternehmer ihrem Ausbeutungstrieb Zwang anzulegen brauchen. Von den 112 Ziegeleiunternehmern, die sich bei den Gesetzesübertretungen erwischen ließen, wurden 18 bestraft, während bei den übrigen 94 Sündern die Behörde Gnade für Recht ergehen ließ.

Aber auch die bestraften Uebeltäter haben sich nicht über allzu große Strenge zu beklagen. So wurde im Bezirk Chemnitz II ein Ziegelmeister, der die tägliche Arbeitszeit dreier jugendlicher Arbeiter und eines 13jährigen Kindes auf 12 Stunden ausgedehnt, deren Beginn auf 5 Uhr morgens festgesetzt, einen 15 Jahre alten Jungen mit dem Befeuern des Brennofens beauftragt, das Verzeichnis jugendlicher Arbeiter nicht geführt und die vorgeschriebenen Gesetzesauszüge nicht ausgehängt hatte, vom Schöffengericht zu 25 Mark Geldstrafe verurteilt. Für fünf Vergehen 25 Mark Strafe; viel billiger läßt sich schwerlich machen. In einer Ziegelei desselben Bezirks wurden die Arbeiterinnen ebenfalls täglich zwölf Stunden und zwar auch von morgens 5 Uhr an, beschäftigt! Der Unternehmer und seine beiden Vertreter wurden deswegen zu 5, 10 und 20 Mark Strafe verurteilt. Diese Strafen stehen in keinem Verhältnis zu dem Vorteil, der dem Ziegeleibesitzer durch die gelegentliche Ausbeutung der Arbeiterinnen erwachsen ist, und wäre zu wünschen, daß Arbeiter, die sich einmal in den Maschen des Gesetzes verfangen, ebenfalls so milde Richter fänden.

In zahlreichen Ziegeleien wurden Kinder, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen zu schweren, gesundheitsgefährlichen Arbeiten herangezogen. Im Dresdner Bezirk wurden in 3 Ziegeleien Schulknaben zum Abtragen der Ziegeln ver-

